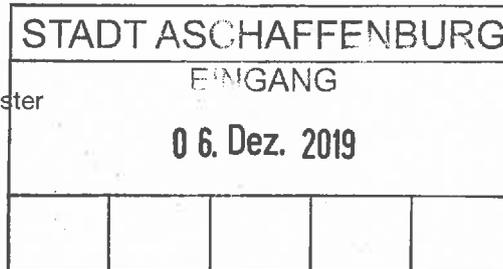


Stadtrat Aschaffenburg
 z.Hd. Herrn Oberbürgermeister
 Klaus Herzog
 Dalbergstraße 15
 63739 Aschaffenburg



Fraktion
 Bündnis 90/Die Grünen
 Stadtrat Aschaffenburg
 Dalbergstraße 15
 63739 Aschaffenburg

Email gruene@aschaffenburg.de
 Internet www.gruene-ab.de

Stefan Wagener
 Fraktionsvorsitzender
Rosemarie Ruf
 Fraktionsgeschäftsführerin
Claus Berninger
Thomas Giegerich
Moritz Mütze
Thomas Mütze

Aschaffenburg am 5.12.2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
 der Stadtrat möge beschließen:

Grüne Mobilität: Lastenradförderung!

Aschaffenburger Bürgerinnen und Bürger, Gewerbebetriebe, Unternehmen, Selbstständige, gemeinnützige Vereine, Organisationen sowie Wohnungseigentümergeinschaften mit Sitz in Aschaffenburg sollen eine Förderung beim Kauf von Lastenfahrrädern erhalten.

Es werden folgende Fördersätze angeboten:

Fahrzeuge	Förderung	Maximale Förderhöhe
Zwei- und dreirädrige Elektroleichtfahrzeuge	25 % der Nettokosten	1.000 Euro
Lastenpedelec	25 % der Nettokosten	1.000 Euro
Ladeinfrastruktur für Montage	20 % der Nettokosten	6.000 Euro
für Installation und Beratung	80 % der Nettokosten	6.000 Euro

Zusätzliche 200 Euro bis 1000 Euro Förderung sind möglich bei Verschrottung eines Altfahrzeuges oder wenn das geförderte Elektrofahrzeug nachweislich mit Ökostrom geladen wird.

Es werden 100.000 für diese Förderung jährlich im Haushalt eingestellt.

■ GRÜNE STADTRATSFRAKTION ASCHAFFENBURG

Es sollen folgende Zugangsvoraussetzungen für die Förderung gelten:

Nicht gefördert werden: nachträglich vorgenommene Umbauten an herkömmlichen Fahrrädern, S-Pedelecs (Elektroantrieb über 25 km/h) und unvollständige Lastenräder wie z.B. Rahmen. Vollständige Bausätze hingegen sind förderfähig.

Die Förderung gilt nur für neue Fahrräder, d.h. dass zuerst die Förderung beantragt und dann nach Vorliegen der Förderzusage gekauft wird.

Nicht antragsberechtigt sind Bundes-, Landes-, Landkreis- oder Kommunalbehörden sowie deren Tochtergesellschaften.

Drei Jahre lang sind die Fahrräder an die Antragsstellerinnen und Antragssteller gebunden, dürfen also nicht weiterverkauft werden.

Eine Kombination mit der Förderung anderer Förderprogramme (z.B. Bund, BAFA, Land etc.) ist nicht möglich. Antragsteller sollen auf andere existierende Förderprogramme hingewiesen werden, z.B. Förderung von Cargobikes von gewerblichen Anbietern durch das BMU.

Prüfauftrag:

Die Stadtverwaltung und die Stadtwerke werden beauftragt ein städtisches Sharing-Angebot für Lastenräder zu prüfen.

- a) Aufbau eines Verleihsystems gegen Bezahlung (vgl. Carsharing VCD/Stadtwerke) und dafür geeigneter Standorte
- b) kostenlose Verleihsystem von Lastenrädern, wie z.B. in Darmstadt oder Würzburg (wie in Aschaffenburg z.B. vom Gesta e.V. projektiert)
- b) zusätzliche Förderung von Lastenrädern, die von mehreren Haushalten gemeinsam genutzt werden

Begründung:

Mit Lastenrädern können selbst schwere Lasten mühelos transportiert werden. Nach Angabe des Bundesverkehrsministeriums können bis zu 20% des Lieferverkehrs in Städten von Lastenrädern übernommen werden. Die Vielfalt an möglichen Lastenrädern ist groß – auch für Kinder gibt es sichere Sitzmöglichkeiten. In Kombination mit dem städtischen ÖPNV und Car-Sharing-Angeboten kann sogar ganz auf ein eigenes Auto verzichtet werden.

Soziale Bedeutung: Etwa 11 % der Haushalte in der Stadt Aschaffenburg (HHB 2013) haben kein eigenes Kfz. Ein Lastenrad gibt diesem Personenkreis die Möglichkeit, sperrige Güter zu transportieren oder Ausflüge mit Zuladung zu unternehmen.

Republikweit verschiedene Beispiele: In anderen Städten (z.B. München, Augsburg, Bamberg, Tuttlingen) oder Regionen (Landkreis Bamberg) sind Förderungen für Lastenräder bereits eingeführt.

Weniger Lärm, weniger Schadstoffe: Zu mehr Fahrradfahren zu animieren ist das Ziel. Damit wird unsere Luft sauberer, werden Schadstoffemissionen reduziert, Lärm verringert und Verkehrsachsen entlastet. Dies gilt insbesondere für die Innenstadt mit ihrer heute hohen Frequentierung von Lieferfahrzeugen. Eine Entlastung gerade der Fußgängerzonen und mancher verkehrsberuhigter Bereiche (u.a. Frohsinnstraße, Roßmarkt) wäre damit möglich.

In Nordrhein-Westfalen gibt es eine Förderung für Privatpersonen und Unternehmen mit (Wohn-)Sitz in Städten mit NO₂-Grenzwert-Überschreitungen. Hohe Belastungen sind heute auch in Aschaffenburg in verschiedenen Straßen gegeben.

für die Grüne Stadtratsfraktion

Stefan Wagener
Fraktionsvorsitzender

Rosi Ruf
Fraktionsgeschäftsführerin